

Hohenstein-Ernstthaler Anzeiger

Tageblatt

für Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Hermsdorf, Bernsdorf, Wüstenbrand, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Lugau, Langenberg, Falken, Langenchursdorf, Meinsdorf 2c.

Der „Hohenstein-Ernstthaler Anzeiger“ erscheint mit Ausnahme der Sonn- und Festtage täglich abends mit dem Datum des folgenden Tages. Vierteljährlicher Bezugspreis bei freier Lieferung ins Haus Mk. 1.50, bei Abholung in den Geschäftsstellen Mk. 1.25, durch die Post bezogen (außer Bestellgeld) Mk. 1.50. Einzelne Nummern 10 Pfg. Bestellungen nehmen die Geschäftsstellen und Ausgabestellen, die Aussträger, sowie sämtliche Kaiserl. Postanstalten und die Landbriefträger entgegen. — Lage erhalten die Abonnenten jeden Sonntag das „Illustrierte Sonntagsblatt“. — Anzeigengebühr für die 6gespaltene Korpuszelle oder deren Raum 12 Pfg., für auswärtig 15 Pfg.; im Reklameteil die Zeile 30 Pfg. Die 2gespaltene Zeile im amtlichen Teil 50 Pfg. Anzeigenannahme für die am Abend erscheinende Nummer bis vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen werden am Abend vorher erbeten. Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt, jedoch nur bei alsbaldiger Zahlung. Die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird möglichst berücksichtigt, eine Garantie jedoch nicht übernommen. — Für Rückgabe unverlangt eingesandter Manuskripte macht sich die Redaktion nicht verbindlich.

Nr. 223. Fernsprecher Nr. 151. Donnerstag, den 25. September 1913. Geschäftsstelle Bahnstraße 3. 40. Jahrgang

Das 12. und 13. Stück des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Königreich Sachsen, sowie Nr. 42 bis 53 des Reichsgesetzblattes vom Jahre 1913 sind eingegangen und liegen 14 Tage lang im Rathause, Zimmer Nr. 2, zu jedermanns Einsicht aus. Ein Inhaltsverzeichnis dieser Gesetzblätter ist im Hausflur des Rathauses angeschlagen.
Hohenstein-Ernstthal, am 23. September 1913. Der Stadtrat.

Tagesgeschichte.

Der Landesauschuss zur Bekämpfung der Tuberkulose

Hier gestern unter dem Ehrenvorsitz des Staatsministers Grafen Balthus von Ostfildt seine erste Sitzung ab. Der Minister führte aus, er habe mit Freude gesehen, daß die Bekämpfung der Tuberkulose in Sachsen bereits erfreuliche Erfolge erzielt habe, er bitte, die Aufgaben des Landesauschusses nicht zu eng zu begrenzen. In der Voraussicht, daß der Ausschuss alsbald Staatsunterstützungen ärmerer Gemeinden beantragen werde, habe er eine gewisse Summe in den Etat der nächsten Finanzperiode einfügen lassen und werde auch ferner dem Landesauschuss fördernd entgegenkommen. Geheimrat Professor Dr. Mehl sprach hierauf über die geschichtliche Entwicklung der Tuberkulosebekämpfung. Obermedizinalrat Dr. Oppelt referierte über die Aufgaben des Landesauschusses und die in Aussicht genommene Staatsunterstützung. Die Versammlung beschloß, das Ministerium zu bitten, den Landesauschuss über die Verteilung von Staatsunterstützungen zur Bekämpfung der Tuberkulose zu hören und ihn zu berechtigen, Vorschläge über die Verwendung solcher Mittel zu machen.

Der Kaiser lehnt ein Denkmal ab.

Die Stadtverordneten von Trier hatten beschloffen, zum fünfundsanzigjährigen Regierungsjubiläum des Kaisers ein Reiterstandbild Wilhelm II. zu errichten. Das Denkmal, das von Professor Keller-Mündchen entworfen wurde, ist nunmehr vom Kaiser abgelehnt worden, da er zu seinen Lebzeiten nicht in einem Denkmal dargestellt werden will.

Todesfall im Sachsen-Weimarschen Hause.

In Bad Nauheim starb die 62jährige Fürstin Anna zu Hohenburg und Widdingen infolge Herzschwäche. Der Gemahl der Verstorbenen ist der Onkel der kürzlich in Heidelberg so plötzlich verstorbenen Prinzessin Sophia von Sachsen-Weimar.

Der deutsche Konsul Schlieben,

der nach einer Weidung aus Belgien dort mit auffälliger Blödsichtigkeit durch den bisherigen Konsul in Fiume v. Ofmann ersetzt wurde, wird, wie es heißt, nicht nach Ecuador gehen, sondern seine Tätigkeit in privater Funktion weiter der Förderung der deutschen Industrie auf dem Balkan widmen.

Das deutsche Volkseinkommen

beträgt heute rund 40 000 Millionen Mk. jährlich gegen 22 bis 25 000 Millionen im Jahre 1905. Zu diesem Resultat kommt der Direktor der Deutschen Bank Dr. Helfferich in seinem anlässlich des kaiserlichen Regierungsjubiläums verfaßten Buche über den Bestzustand des deutschen Volkes. Von den 40 Milliarden werden jährlich etwa 7 Milliarden Mark, also nahezu ein Sechstel, für öffentliche Zwecke aufgewendet, etwa 25 Milliarden Mark dienen dem privaten Verbrauch, und etwa 8—8,5 Milliarden, die sich durch den automatischen Wertzuwachs des vorhandenen Vermögens auf 9,5—10 Milliarden Mark erhöhten, wachsen als Mehrgewinn dem Volkseinkommen zu, gegen etwa 4,5—5 Milliarden vor etwa 15 Jahren. Das deutsche Volkseinkommen beträgt heute mehr als 300 Milliarden

Mark gegen rund 200 Milliarden Mark um die Mitte der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts.

Das Tempo der Arbeiterschutzgesetzgebung

hat einen so hohen Grad erreicht, daß alle Kulturstaaten eine Bremstätigkeit für geboten erachten. Das konnte man soeben wieder auf der Internationalen Arbeiterschutzkonferenz zu Bern erfahren. Auf den Vorschlag mehrerer Staaten wurde der Antrag der Konferenz, die Altersgrenze für Jugendliche, deren Arbeitsdauer zehn Stunden täglich nicht überschreiten darf und deren Nachtarbeit überhaupt verboten ist, auf 18 Jahre festzusetzen, umgestoßen und diese Grenze mit Zustimmung aller europäischen Kulturstaaten auf 16 Jahre festgesetzt.

Die Kapitalien der sozialdemokratischen Gewerkschaften

belaufen sich auf viele Millionen und schwellen Jahr für Jahr um weitere Millionen an; allerdings steigen gleichzeitig auch die Ausgaben. Im jüngsten Berichtsjahre betrug das Gesamtvermögen der Gewerkschaften Deutschlands nahezu 81 Millionen Mark gegen 62 Millionen im Jahre vorher. Auf den Kopf der Mitglieder entfallen annähernd 32 Mark. Von den 61 Millionen Ausgaben entfielen nur 23,5 Millionen auf Streikunterstützungen und dergl., über 11,5 Millionen wurden für Verwaltungskosten und mehr als 9 Millionen für Agitationszwecke verwendet. Den Gewerkschaften liegt vornehmlich an der Ansammlung eines Hundertmillionen-Vermögens als Kampffonds, während den Mitgliedern mehr gebietet wäre, wenn die Unterstellungen reichlicher fließen oder die Höhe der Beiträge, die sich für mehr als die Hälfte der Mitglieder auf 26 bis 52 Mark im Jahre beläuft, ermäßigt würde.

Kartoffeln und Weltausstellung.

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika beschloß, die Einfuhr von Kartoffeln aus Deutschland, England und Oesterreich zu verbieten, mit der Begründung, daß die Union mit der Zulassung dieser Kartoffeln Gefahr liefe, daß schlimme Kartoffelkrankheiten aus Europa nach Amerika eingeschleppt würden. In diesem Verbot ist zum mindesten der Umstand auffällig, daß es sich gerade auf diejenigen europäischen Staaten bezieht, die die Weltausstellung von San Francisco nicht besichtigen wollen. Den Verdruß über die Nichtbeteiligung der genannten Staaten an der Ausstellung sollen nun die unschuldigen Kartoffeln büßen, die in Europa gerade so gut und so schlecht sind wie in Amerika und hier wie dort auch den gleichen Krankheiten ausgesetzt sind.

König Konstantin von Griechenland

hat Paris wieder verlassen und sich zunächst zu seiner Familie nach England begeben, um mit dieser dann noch einige Zeit auf Schloß Friedrichshof bei seinen Verwandten, dem Prinzen und der Prinzessin Friedrich Karl von Hessen, Aufenthalt zu nehmen. Waren auch die Pariser Tage insofern nicht ungetrübt, als die Haltung des Publikums und der Presse manches zu wünschen übrig ließ, so war doch die Regierung der Republik ernstlich bemüht, dem Könige Beweise ihrer aufrichtigen Ergebenheit zu bieten und auf eine Befestigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Griechenland hin-

zuwirken. An den amtlichen Stellen ist jedenfalls das Mißverständnis beseitigt, das die Berliner Rede des Königs Konstantin im ersten Augenblick gefunden hatte. — Der König von Griechenland bedauerte Pariser Journalisten gegenüber, daß von diesen die wichtigste Stelle seines Trinkspruchs: „Ich messe der Erhaltung und Entwicklung der Bande überlieferter Freundschaft zwischen unseren Völkern die höchste Bedeutung bei“, durch die er das vorhandene Unbehagen zerstreuen wollte, so wenig gewürdigt worden sei.

185 000 neue Rekruten in Frankreich.

Die französische Regierung erklärt sich von dem Ergebnis der Aushebung der 20jährigen jungen Leute, die im Oktober eingestellt werden, höchlichst befriedigt. Von ärztlicher Seite war die Beforgnis geäußert worden, der Jahrgang könne wegen ungenügender körperlicher Entwicklung überaus viele Abfälle ergeben. Diese Beforgnis war nicht gerechtfertigt. Nach dem Durchschnitt des ganzen Landes wurden gegen 65 v. H. der Diensttauglichen tauglich befunden, und in Paris stieg die Anzahl der Tauglichen auf 70 v. H. und darüber. Der Jahrgang wird mindestens 185 000 Rekruten liefern, und das ist mehr, als worauf die Regierung gerechnet hat.

Neue Kämpfe der Spanier in Marokko.

Nach einer Blättermeldung aus Tetuan wurden die spanischen Truppen während der Erbauung von Schanzwerken von aufständischen Kabylen angegriffen. Die Kabylen wurden mit schweren Verlusten zurückgeschlagen. Die Verluste der Spanier betragen 20 Tote und Verwundete.

Hinrichtung von chinesischen Beamten wegen Hochverrats.

Nachdem in der letzten Woche der Polizeidirektor von Kanton auf Befehl des Gouverneurs ohne Gerichtsverfahren wegen Hochverrats erschossen wurde, weil gegen den neuen Gouverneur bereits zwei, wenn auch erfolglose Attentate verübt worden sind, wurden gestern wieder drei höhere Zivilbeamte aus gleichem Anlasse hingerichtet. Unter den Beamten in Kanton herrscht panischer Schrecken. Viele sind nach Hongkong geflohen.

13 öffentliche Stadtverordnetenitzung

zu Hohenstein-Ernstthal, am 23. September 1913.

Vorsitzender: Herr Schriftführer Krumbiegel.

Am Ratstische sind erschienen: Herr Bürgermeister Dr. Fab, die Herren Stadträte Anger, Beck, Wolne, Lange, Schneider. Vom Kollegium sind 17 Herren anwesend, es fehlen die Herren Vorsteher Lohse, stellv. Vorsteher Weigert, sowie die Herren Anze, Bach, Gruber, Robis und Schulthes.

Mit Genehmigung der Versammlung leitete Herr Schriftführer Krumbiegel für den erkrankten Vorsteher und ortswahrenden Stellvertreter die Verhandlungen.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung

Kenntnisnahmen

gibt der Vorsitzende bekannt, daß ein Danfschreiben des Verwalters für die gewählte Erhöhung seiner Bezüge und die Genehmigung der Aufsichtsbehörde zur Aufnahme von 150 000 Mk. als Darlehen bei der Sparkasse zu Bischofswerda eingegangen sind. In Sachen der Düngerausfuhr sind verschiedene Differenzen mit Feldbesitzern, die nicht direkt Landwirte sind und selbst abfah-

ren möchten, entstanden. Nach dem Ortsgesetz hat der Stadtrat nach § 3 die Ermächtigung, weitere Beschränkungen eintreten zu lassen oder Ausnahmen zu gestatten. Der Rat hat vorläufig auf ein Jahr und versuchsweise beschlossen, den Grundstücksbesitzern, die mindestens ein Hektar Pacht- oder eigenes Feld und eigenes Geschirre haben, die Abfuhr zu gestatten, wenn an den Hausbesitzerverein eine Entschädigung von 5 Mk. für den Hektar gezahlt wird.

2. Haftpflichtversicherung für die Zurlerker.

Für die in Frage kommenden Personen soll ab 1. Januar 1914 vorläufig eine 10jährige Versicherung bei dem Allgemeinen Versicherungsverein in Stuttgart erfolgen.

3. Aeußerung zu einem Pachtgesuch.

Der Naturheilverein hat angefragt, ob die im Vorjahre abgebrochenen Verhandlungen wegen Verpachtung eines Teiles des fogen. Herrenviertels wieder aufgenommen werden könnten. Der Rat hat beschloffen, die betr. Parzelle, die ca. 5000 Quadratmeter groß ist, zum Preise von jährlich 52 Mk. (entsprechend einer vierprozentigen Kapitalisierung des Wertes) auf die Dauer von 28 Jahren zu verpachten, d. i. noch solange, wie der Erzebergwerksverein den Erbbaurechtsvertrag mit der Stadt abgeschlossen hat, der seinerzeit auf 30 Jahre getätigt wurde. — Der Herr Bürgermeister gibt einige Erläuterungen über das Grundstück, das sich östlich, entlang den jetzigen Anlagen hinzieht. Früher wollte der Verein das Grundstück käuflich erwerben, der Rat ist aber der Meinung, Grundstücke nur dann aus der Hand zu geben, wenn das Interesse der Allgemeinheit es verlangt. Die Verpachtung sei Sache des Rates, doch bitte dieser, in Anbetracht der Länge der Pachtzeit um Mitentscheidung des Kollegiums. Bauische Anlagen — mit Ausnahme der üblichen Lauben, die als solche nicht gelten — sollen dort nicht erfolgen. Gegen die Verpachtung hat der Gastwirtsverein eine Eingabe gemacht, die der Rat abgelehnt hat. Der Naturheilverein habe sicher sein Gutes und seinen Bestrebungen, soweit sie rein hygienischer Natur seien, sei wohl zuzustimmen. Aus dem Grunde habe der Rat keine Bedenken getragen, zugunsten des Vereins zu entscheiden. Sollte der Verein sich in späteren Jahren von seinen eigentlichen Bestrebungen entfernen, so müßte der Rat zu seinem Bedauern dann die entsprechenden Konsequenzen ziehen, die vertraglich auch zur Andeutung kommen. Es erfolgt sodann die Berlesung der Eingabe des hiesigen Gastwirtsvereins, die bittet, von einem Pacht- oder Kaufvertrage abzusehen. Der Naturheilverein betreibe den Schank nicht für die Mitglieder, sondern für die gesamte Defektivität. Da er nicht die hohen Spesen des Gastwirts habe, verkaufe er zu kleinen Preisen. Je mehr die Vereinsanlagen vergrößert würden, um so schädlicher sei dies für den Wirtestand, die durch solche Maßnahmen als Steuerzahler entschieden geschädigt würden. — Der Rat hat beschloffen, der Eingabe nicht zu folgen, dagegen aber für die erweiterten Anlagen keinerlei Schankkonzession außer der bestehenden zu erteilen. — Herr Stadtv. Ebersbach betont die Notwendigkeit der Erschließung des Berges, an dem ebenso wie der Naturheilverein auch der Erzebergwerksverein seinen Anteil habe. Ein Schaden für die übrigen Kreise der Einwohnerschaft und die Gastwirte entstehe nicht; die Zeit sei bisher noch zu kurz gewesen, um hinsichtlich des Fremdenverkehrs auf dem Berge

Osram-Draht-Lampe

Unzerbrechlich
70% Stromersparnis
Brillantes weißes Licht

Jede echte Osram-Lampe muss die Inschrift „Osram“ tragen. — Überall erhältlich. Auer-Gesellschaft, Berlin O. 17